

Verkehr | Alpen-Initiative fordert mit Nachdruck Verbot für Gefahrentransporte über den Simplon

«Ein Spiel mit dem Feuer»

BRIG-GLIS | Das Wochen-
ende stand ganz im Zei-
chen des Alpenschutzes:
Die Alpen-Initiative ent-
zündete ihr traditionelles
Mahnfeuer und stellte ih-
re Massnahmen für mehr
Verlagerung und sichere
Strassen vor.

Das Mahnfeuer der Alpen-Initiative hat Tradition. Dieses Jahr wurde es zusammen mit der CIPRA Schweiz, dem Weitwanderprojekt «whatsalp» und Mountain Wilderness oberhalb Brigs entzündet. Rund 80 Personen wohnten dem Anlass bei, die Stimmung war gemäss eines «whatsalp»-Mitglieds magisch.

Investitionen nötig

Tags darauf versammelten sich Mitglieder der Alpen-Initiative und Interessierte im Innenhof des Stockalperschlosses. Der Präsident der Alpen-Initiative, Jon Pult, erläuterte dort, wie man das Verlagerungsziel von maximal 650 000 alpenquerenden Lastwagen pro Jahr erreichen will und wie die Simplonpassstrasse sicherer gemacht werden kann.

Der Simplonpass ist bekanntlich der einzige Schweizer Alpenpass, bei dem Gefahrenguttransporte noch erlaubt sind. Für Pult untragbar: «Doris Leuthard spielt hier wortwörtlich mit dem Feuer. Es ist eine Frage der Zeit, bis auf dem steilen Pass mit seinen engen Kurven ein weiterer Unfall passiert. Wir fordern deshalb klar ein Verbot von Gifttransporten am Simplon und einen Lastwagenverlad zwischen dem Wallis und Domodossola.» Für den Verlad sei sowohl in Brig und Domodossola die Infrastruktur bereits vorhanden, es brauche nur noch weitere Investitionen. «Es ist alles eine Frage des politischen Willens», so der Präsident. Die beiden Walliser Nationalräte Mathias Reynard und Viola Amherd haben den Bundesrat bereits wiederholt zum Handeln aufgefor-

dert – nun müsse etwas passieren, stellte Pult klar.

Massnahmenpaket geschnürt

Gute Nachrichten gibt es seitens der Alpen-Initiative aber auch: Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene ist auf dem richtigen Weg. Es brauche aber noch weitere Anstrengungen. Während die Lastwagenzahlen am Gotthard in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken sind, ist dies beispielsweise am Simplon nicht der Fall. Das Gesetz schreibt vor, dass jährlich maximal 650 000 Lastwagen die Alpen durchqueren dürfen. Dieses Ziel sollte 2018 erreicht werden. «Der Bundesrat hat sich bis jetzt wenig um die gesetzlichen Vorgaben geschert», zeigt sich Pult empört. Die Alpen-Initiative schlägt deshalb zehn Massnahmen vor, wie das Verlage-

rungsziel erreicht werden kann. Dazu gehört unter anderem eine Ergänzung der LSVA um ein Element, das sich nach dem CO₂-Ausstoss der Lastwagen richtet, sowie gleiche Arbeitsbedingungen auf Strasse und Schiene oder auch die Förderung von Innovationen im Schienengüterverkehr.

Mehr Kontrollen gefordert

Die Alpenschützer sammelten in Brig auch weitere Unterschriften für den Aufruf an Bundesrätin Doris Leuthard für mehr Lastwagenkontrollen. Gemäss Pult veröffentlicht nur der Kanton Uri jedes Jahr aktuelle Kontrollzahlen (siehe Kasten). «Die Bevölkerung kann sich darum kein klares Bild vom Zustand der Lastwagenflotte auf den Transitachsen machen.» Der Aufruf an Bundesrätin Leuthard enthält

klare Forderungen: Das Kontrollnetz für Lastwagen soll ausgebaut werden, Kontrollresultate sollen publiziert und Massnahmen gegen die Manipulation an den Abgasanlagen getroffen werden. Morgen Dienstag deponiert die Alpen-Initiative den Aufruf an Leut-

hard, welchen mehr als 10 000 Personen unterschrieben haben, bei der Bundeskanzlei. «Dann liegt der Ball bei Doris Leuthard und dem Parlament, in Sachen Sicherheit endlich gleich lange Spiesse für Strasse und Schiene zu schaffen», sagte Pult abschliessend. **meb**

Klartext. Jon Pult, Präsident der Alpen-Initiative, erklärt, welche Forderungen man an Bundesrätin Doris Leuthard und das Parlament stellt. FOTO WB

Ein Drittel der Lastwagen fällt durch

Gemäss der Alpen-Initiative veröffentlicht nur der Kanton Uri jedes Jahr aktuelle Lastwagen-Kontroll-Zahlen. 2016 fiel fast ein Drittel der kontrollierten Lastwagen durch. Hier einige Zahlen dazu:

- 16 Prozent der Lastwagen waren zu hoch oder zu lang
- 9 Chauffeure hatten keinen gültigen Führerschein
- 991 Mängel an Bremsen wurden verzeichnet
- 26 Lastwagenfahrer hatten zu viel Alkohol getrunken
- 15 Prozent der Lastwagen waren zu schwer
- 1136 mangelhafte Reifen wurden registriert

Schweizweit werden gemäss Alpen-Initiative weniger als vier Prozent aller alpenquerenden Gütertransporte auf der Strasse überprüft.

BUNDESBERN



Ja zur Altersreform

Am 24. September kommt die Altersreform 2020 zur Volksabstimmung. Sie beinhaltet sowohl Änderungen bei der AHV als auch bei den Pensionskassen. Die Reformen sind vor allem nötig, weil in den nächsten zwei Jahrzehnten die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit ins Pensionsalter kommen. Ein weiterer Grund ist die längere Lebensdauer der Rentnerinnen und Rentner.

Die wichtigsten Änderungen sind:

- Erhöhung des Rentenalters für die Frauen von 64 auf 65 Jahre;
- Senkung des Umwandlungssatzes zur Berechnung der Renten bei den Pensionskassen von 6,8 auf 6,0 Prozent;
- Keine Senkung der Mehrwertsteuer um 0,3 Prozentpunkte 2018 infolge Auslaufen der zeitlich befristeten Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung (IV);
- Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8,0 auf 8,3 Prozent 2021;
- Erhöhung der Lohnabzüge für die AHV um 0,3 Prozent;
- Erhöhung der Pensionskassenbeiträge für die mittleren Altersklassen von 35 bis 54 Jahren um einen Prozentpunkt;
- Senkung des Koordinationsabzugs bei den Pensionskassen;

- Einführung einer Zulage bei der AHV um 70 Franken pro Monat für die Neurentner;
- Erhöhung des Plafonds für Ehepaare von 1,5 auf 1,55 bei der AHV.

Die Reform war in den eidgenössischen Räten heftig umstritten. Die vom Ständerat eingeschlagene Linie hat sich erst in der Einigungskonferenz durchgesetzt und wurde in der Schlussabstimmung im Nationalrat mit dem denkbar knappsten Ergebnis angenommen (101 Stimmen). Streitpunkt zwischen den Räten war der AHV-Zuschlag von 70 Franken pro Monat und die Erhöhung des Plafonds für Ehepaare, womit der AHV-Zuschlag für Ehepaare auf 226 Franken pro Monat ansteigt. Auf diesen Kompromiss haben sich im Ständerat die SP und die CVP geeinigt. Als Architekten gelten Paul Rechsteiner (SP/SG), Urs Schwaller (CVP/FR) und Christine Egerszegi (FDP/AG). Hinter diesem Kompromiss steht der Grundgedanke, dass eine Altersreform ohne Unterstützung durch die politische Linke chancenlos wäre. In der Schlussabstimmung wurde dieser Kompromiss von der politischen Linken (SP und Grüne) und den Mitteparteien (CVP, BDP und GLP) unterstützt. Die Rechtsparteien (SVP und FDP) lehnen die Vorlage vor allem wegen diesem Ausbau der AHV ab, haben aber auf eine Unterschriftensammlung für ein Referendum verzichtet. Das Referendum gegen die Altersreform 2020 wurde von ex-

tremen Linksparteien und Gewerkschaftsgruppierungen der Westschweiz erfolgreich ergriffen. Diese bekämpfen in erster Linie die Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 und die Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen. Für eine Annahme der Altersreform 2020 braucht es somit ein doppeltes Ja, nämlich einerseits für die Mehrwertsteuersatzerhöhung und andererseits für die Änderungen bei der AHV und den Pensionskassen. Die Mehrwertsteuervorlage unterliegt dem obligatorischen Referendum und erfordert eine Annahme von Volk und Ständen, weil es sich um eine Änderung der Bundesverfassung handelt. Für die Gesetzesänderungen der AHV und Pensionskassen genügt das Volksmehr. Eine Annahme der Mehrwertsteuervorlage bildet jedoch die Voraussetzung für eine Annahme der Gesetzesänderungen, weil das Parlament die beiden Vorlagen miteinander verknüpft hat.

Die Tatsache, dass die Altersreform 2020 von zwei Seiten bekämpft wird, zeigt den Kompromisscharakter der Vorlage. Sie zeigt aber auch, wie schwierig es ist, unsere AHV und die Pensionskassen zu reformieren. Andererseits wird der Sanierungsbedarf von niemandem bestritten. Deshalb ist es wichtig, dass die Reform am 24. September angenommen wird. Bundesrat Alain Berset hat zu Recht darauf hingewiesen, dass bei einem Nein die AHV langfristig existenziell gefährdet werden könnte!

Dr. Alfred Rey
Bundeshauskorrespondent